

WMI

WOHNUNGSPOLITISCHE INFORMATIONEN

3

Ausgabe 17. Januar 2013

Inhalt

3 Strategiepapier der SPD: Die Wohnungswirtschaft kritisiert, dass die Vorschläge der Sozialdemokraten zum bezahlbaren Wohnen die Investitionsbereitschaft mindern.

4 Auftaktveranstaltung: Beim Nationalen Prüferkongress des GdW in Berlin stand unter anderem die Energieerzeugung in Wohnungsunternehmen im Vordergrund.

6 Hannover: Die bevorstehende Landtagswahl und die Wohnungsmarktentwicklung standen im Mittelpunkt des Neujahrsempfangs des vdw Niedersachsen Bremen.

Immobilienwirtschaft fordert politische Entscheidungen, damit Mieten bezahlbar bleiben

Berlin – Die Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland (BID) hat bei ihrem Jahresempfang am 16. Januar 2013 in Berlin einen Ausblick auf das Wahljahr 2013 gegeben: Zu der teilweise angespannten Lage auf den Wohnungsmärkten deutscher Ballungszentren, den Veränderungen im Mietrecht, der Sanierung im Zuge der Energiewende sowie den Verschlechterungen des steuerlichen Umfeldes – wie beispielsweise durch die Vermögensteuer sowie den möglichen Auswirkungen von Regulierungsvorhaben für die Immobilienwirtschaft. Die Präsidenten der immobilienwirtschaftlichen Verbände BFW, GdW, IVD und ZIA sehen großen Handlungsbedarf bei der Gesetzgebung, damit der notwendige Wohnungsbau nicht gebremst wird.



Wohnen muss in Deutschland für alle bezahlbar bleiben – daher erwartet die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft von der Politik, dass sie die Interessen aller Akteure ausgewogen berücksichtigt.

„Die Immobilienwirtschaft schaut mit großen Erwartungen auf die kommende Bundestagswahl. Insbesondere erhöhte Grunderwerbsteuern, die Verschärfung der Energieeinsparverordnung und die nicht umgesetzte steuerliche Abschreibungsmöglichkeit von energetischen Modernisierungsmaßnahmen gefährden derzeit Investitionen in den Neubau und sorgen für steigende Mieten in Deutschland“, erklärte **Walter Rasch**, BID-Vorsitzender und Prä-

sident des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW). „Wir erwarten von der Politik, dass die Interessen der gesamten Immobilienwirtschaft ausgewogen berücksichtigt werden, da das Wohnen in Deutschland für alle bezahlbar bleiben muss. Es wäre zu wünschen, dass es noch vor der Bundestagswahl zu einem politischen Sinneswandel und einem integrierten Vorgehen käme, das die Energie-

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts gebilligt

Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages hat das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes am 16. Januar 2013 gebilligt. Es sieht unter anderem eine Anhebung der sogenannten Übungsleiterpauschale von 2.100 auf 2.400 Euro sowie der Ehrenamtspauschale von 500 auf 720 Euro jährlich vor. Das Gesetz soll rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft treten. (wi)

Klimagasausstoß in Deutschland weiter gesunken

Die Treibhausgasemissionen in Deutschland sind im Jahr 2011 nach Angaben des Umweltbundesamts weiter gesunken: Gegenüber dem Vorjahr 2010 nahmen die Emissionen in 2011 überwiegend witterungsbedingt um 2,9 Prozent ab. Die größten Minderungen erfolgten bei den Feuerungsanlagen zur Raumwärmeerzeugung, dadurch sanken vor allem die Emissionen der privaten Haushalte. (wi)

Baupreise im Jahresvergleich gestiegen

Der Preisindex für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude in Deutschland ist im November 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,5 Prozent gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte, gab es die höchsten Preisanstiege unter den Bauarbeiten an Wohngebäuden bei den Abdichtungsarbeiten (+ 3,9 Prozent) und Dämmarbeiten an technischen Anlagen (+ 3,6 Prozent). (wi)



Die Präsidenten der deutschen Immobilienverbände: Axel Gedaschko (GdW), Dr. Andreas Mattner (ZIA), Walter Rasch (BFW) und Jens-Ulrich Kießling (IVD).



Quelle: GdW

➔ Fortsetzung von Seite 1

wende wie auch die Herausforderungen des demografischen Wandels nachhaltig und interessengerecht berücksichtigt“, so Rasch weiter.

„Der Staat hat immer weniger Geld für Daseinsvorsorge, Stadtentwicklung und Wohnraum. Stattdessen belastet er Immobilien- und Wohnungsunternehmen sowie private Eigentümer zunehmend. Beispielsweise würden sich die Wiedereinführung einer Vermögensteuer und ausufernde Finanzmarktregulierung negativ auf die Immobilienwirtschaft auswirken und den Wohnungsbau bremsen. Die Politik würde das Gegenteil von dem erreichen, was sie eigentlich will und der Druck auf die Mieter würde sich verschärfen. Wir warnen vor einer finanziellen oder sozialen Überforderung der Immobilienwirtschaft“, sagte Dr. **Andreas Mattner**, Präsident des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA).

„Intakte Städte mit bezahlbarem Wohnraum wird es angesichts der großen demografischen Herausforderungen in Zukunft nur noch geben, wenn auch die Politik dazu intakt ist. Aktuell setzt die Politik aber die Zukunft unserer Städte aufs Spiel“, mahnt **Axel Gedaschko**, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, auf der Pressekonferenz. „Um Wohnungen altersgerecht zu gestalten und bezahlbar zu halten, brauchen wir eine Gesamtstrategie. Dazu gehört auch, dass baldmöglichst wieder Bundesmittel für das KfW-Förderprogramm ‚Altersgerecht Umbauen‘ bereitgestellt werden“, so der GdW-Chef.

In Bezug auf stetig steigende Mieten gab **Jens-Ulrich Kießling**, Präsident des Immobilienverband Deutschland (IVD), zu bedenken, dass eine regionale Absenkung der Kappungsgrenzen für Mieterhöhungen marktwirtschaftlich nicht sinnvoll sei, da sie die Ursache für steigende Mieten nicht anpacke, sondern nur an den Symptomen herumdoktere. „Die steigenden Mieten sind eine Folge der geringen Neubautätigkeit des vergangenen Jahrzehnts und der dadurch entstandenen Verknappung des Wohnungsangebots, insbesondere in Ballungsräumen wie Berlin, München und Hamburg“, führte Kießling aus. (bey/schi) ■

Die Positionen der BID zur Bundestagswahl 2013 im Überblick:

Wohnen in Deutschland

Die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum, der den Ansprüchen der Gesellschaft an modernes Wohnen Rechnung trägt, erfordert eine zeitgemäße Verbesserung des rechtlichen Rahmens und der Förderbedingungen. Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ihre Lasten müssen daher gerecht zwischen Vermietern, Mietern und dem Staat geteilt werden. Der Wohnungsneubau in Ballungsräumen muss von bürokratischen Hemmnissen befreit werden, um durch eine Steigerung des Angebots Verknappungen am Markt entgegenzuwirken.

Nachhaltigkeit, Energie- und Klimapolitik

Die Immobilienbranche hat die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung erkannt. Themen wie Demografie, Urbanisierung und Klimawandel müssen aus einem praxisorientierten Blickwinkel ganzheitlich betrachtet und bearbeitet werden. Jeder einzelne Akteur der Branche muss sich dieser Herausforderung bewusst sein. Unser Handeln ist nur dann nachhaltig, wenn nicht nur ökologische Aspekte, sondern auch die wirtschaftliche Nachhaltigkeit (ökonomische Aspekte) und die gesellschaftliche Verantwortung (soziale Aspekte) gleichermaßen Berücksichtigung finden.

Geeignete Rahmenbedingungen für die Immobilienwirtschaft sicherstellen

Die Immobilienwirtschaft steht vor vielfältigen Herausforderungen: einerseits einen Bevölkerungsanstieg bei gleichzeitiger Verschärfung sozialer Lebensbedingungen in den Ballungsgebieten sowie andererseits Abwanderungstendenzen, die zum Leerstand von Wohn-, Büro- und sonstigen Gewerbeflächen führen. Es ist notwendig, diese Handlungsfelder durch gezielte Instrumente zu fördern. Ein Ausschöpfen der EU-Strukturfonds ist daher auch für den Immobiliensektor in Deutschland entscheidend. Ebenso wichtig ist es, dass die Bundesmittel für die Wohnraumförderung über das Jahr 2013 hinaus auf einem Niveau von mindestens 518 Millionen Euro pro Jahr bleiben und von den Ländern zweckgebunden eingesetzt werden. Auch die künftige Steuerpolitik muss konsequent an den Bedürfnissen der Immobilienbranche ausgerichtet werden, damit diese ihre gesamtgesellschaftliche Aufgabe zur Bereitstellung von modernen und klimagerechten Wohn-, Büro- und Gewerbeflächen bewältigen kann.

Dem gesellschaftlichen Wandel entgegenzutreten

Die Zahl der über 80-Jährigen wird sich bis zum Jahr 2050 auf gut 10 Millionen Menschen verdreifachen. Bereits bis zum Jahr 2020 brauchen wir Studien zufolge etwa drei Millionen altersgerechte Wohnungen. Parallel dazu ist in vielen Regionen ein drastischer Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, während in Ballungsräumen der Wohnraum teilweise knapper wird. Um den sozialen Zusammenhalt in Stadtquartieren und stabile Nachbarschaften langfristig zu sichern, ist es daher dringend erforderlich, die Städtebauförderung als Leitprogramm der Stadtentwicklungspolitik wieder auf einem angemessenen Niveau auszustatten, um die positiven ökonomischen Effekte für die Zukunftsaufgaben der Stadtentwicklung zu sichern und Investitionssicherheit für alle beteiligten Akteure zu schaffen. Zu den Zukunftsaufgaben gehören in besonderer Weise der Stadtumbau mit einem besonderen Augenmerk auf die Bewältigung des Leerstands, das Programm Soziale Stadt, die energetische Stadtsanierung und der gesellschaftliche Zusammenhalt in den Quartieren.

➔ Die detaillierten Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft finden Sie in den „BID-Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2013“ unter www.bid.info

„Vorfahrt für die Energiewende auch beim Bau“ – Ramsauer eröffnet Internationale Fachmesse „BAU 2013“

München – Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer hat 14. Januar 2013 die internationale Baufachmesse „BAU 2013“ in München eröffnet. „Mit den vier Leitthemen – Nachhaltigkeit, Energie 2.0, Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert sowie Generationengerechtes Bauen – greift die BAU 2013 ein ebenso umfassendes wie zukunftsweisendes Themenspektrum auf. Das sind die zentralen gesellschaftlichen Aufgaben, denen sich die Politik wie auch das Planen und Bauen stellen muss“, erklärte Ramsauer.

Das Bundesbauministerium präsentiert auf der BAU 2013 insbesondere die beiden Themen Klimaschutz und Innovation mit eigenen Ständen und Veranstaltungen. „Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, das wir hier vorstellen, ist elementarer Bestandteil des Energiekonzeptes der Bundesregierung. Neben der Energieeinsparverordnung ist es das wichtigste Förderinstrument für mehr Energieeinsparung im Gebäudebereich“, sagte Peter Ramsauer. „Bis einschließlich 2014 stellen wir hierfür 1,5 Milliarden Euro pro Jahr bereit. Mit weiteren 300 Millionen Euro jährlich über acht Jahre werden wir ein neues Zuschussprogramm auflegen.“ Außerdem fand am ersten Messetag der Kongress „Wir bauen die Energiewende“ statt und die Gewinner des Wettbewerbs „Effizienzhaus Plus im Altbau“ aus Neu-Ulm wurden ausgezeichnet.

Gerade die Energiewende biete nachhaltige Perspektiven für die Bauwirtschaft,

denn nicht nur die energetische Sanierung von Gebäuden sei eine gewaltige Bauaufgabe, sondern auch der Bau von Windkraftanlagen oder Überlandleitungen müsse bewältigt werden, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Felix Pakleppa. „Darüber hinaus wird Bauen und Sanieren mit Passivhaus- beziehungsweise mit Plus-Energie-Standard Deutschland auch technologisch voran bringen, so dass Forschung und Entwicklung, und besonders die Herstellerindustrie davon profitieren werden“, so Pakleppa weiter. Darüber hinaus müsse der altersgerechte Umbau von Wohngebäuden mit energetischen Sanierungsmaßnahmen einhergehen und so auch entsprechend gefördert werden, um die mittelfristig benötigten drei Millionen barrierefreien Wohnungen auch tatsächlich bereitzustellen. Auch Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur gehörten zu den Aufgaben, zu denen die

Bauwirtschaft einen wesentlichen Beitrag leiste, so Pakleppa.

Im Rahmen seines Messebesuchs lobte der Bundesbauminister gemeinsam mit dem Präsidenten der Bundesarchitektenkammer, Sigurd Trommer, den Deutschen Architekturpreis 2013 aus. „Mit dem Deutschen Architekturpreis 2013 wollen wir beispielhafte Bauwerke oder Gebäude in Deutschland auszeichnen, die in ökologischer, ökonomischer und soziokultureller Hinsicht vorbildlich sind“, so Ramsauer. Seit 2011 wird der Deutsche Architekturpreis vom Bundesbauministerium und der Bundesarchitektenkammer alle zwei Jahre gemeinsam ausgelobt und als offizieller Architekturpreis der Bundesregierung vergeben.

(rudol/kleischi) ■

➔ Die Auslobung finden Sie unter www.deutscher-architekturpreis.de. Einsendeschluss ist der 14. März 2013.

Wohnungswirtschaft zum Strategiepapier der SPD: Vorschläge zum bezahlbaren Wohnen mindern Investitionsbereitschaft

Berlin – Die SPD-Bundestagsfraktion plant laut einem am 9. Januar 2013 veröffentlichten Positionspapier im Fall eines Wahlsiegs unter anderem Neuvertragsmieten zu deckeln, Kappungsgrenzen zu senken und die Umlage von Sanierungskosten zu verringern. Gleichzeitig soll die soziale Wohnraumförderung bis 2019 konstant fortgeführt, die Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro aufgestockt und die Finanzierung der CO₂-Gebäudesanierung mit zwei Milliarden Euro ausgestattet werden. Die Wohnungswirtschaft in Deutschland betonte in Reaktion auf das Strategiepapier, dass bezahlbares Wohnen nur gelingen kann, wenn die Belange von Vermietern und Mietern gleichsam berücksichtigt werden.

„Wohnen in Deutschland muss bezahlbar bleiben“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Eine Deckelung von Neuvertragsmieten, die Senkung von Kappungsgrenzen und eine verringerte Umlage von Sanierungskosten, wie sie die SPD in ihrem aktuellen Strategiepapier vorschlägt, werde aber im Endeffekt nicht dazu führen, dass Wohnen bezahlbarer wird. „Das ist ein klassischer Fehlschluss“, so der GdW-Chef. „Schon heute ist aufgrund der steigenden energetischen Anforderungen, der hohen Baukosten und Grundstückspreise kaum noch Wohnungsneubau für sozial schwächer gestellte Menschen möglich.“ Die von der SPD geplanten Regelungen würden den Wohnungsneubau abwürgen und die energetische Sanierung von Wohnungs-

beständen verhindern. „Das macht den Markt gerade in den Ballungszentren, wo neue Wohnungen gebraucht werden, noch enger. Das Mietrecht ist nicht die Ursache für die steigenden Mieten in den Ballungsgebieten und kann daher auch nicht die Lösung sein. Wir brauchen vielmehr eine gezielte Neubauförderung, um die Situation in einigen Ballungsräumen zu entspannen“, so Gedaschko.

„Von der Immobilien- und Wohnungswirtschaft wird verlangt, sämtliche Gebäude in Deutschland zu sanieren, um dem globalen Klimawandel entgegenzuwirken, dies aber bitte zu erschwinglichen Preisen bei gleichzeitiger Schaffung von neuem Wohnraum in den Ballungsgebieten“, sagte Walter Rasch, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutsch-

land (BID) und Präsident des BFW. „Wie soll das bezahlt werden, wenn nicht auch über einen moderaten Anstieg der Mieten?“ Aktuell seien die gesetzlichen Anforderungen zur Energieeinsparung ausschließlich im hochpreisigen Segment für Bauträger noch rentabel. „Werden die Mieten über die aktuell anstehende Verschärfung der schwarz-gelben Koalition zusätzlich gedeckelt, wird bald kaum jemand bereit sein, in die energetische Sanierung zu gehen“, mahnte Rasch.

GdW-Präsident Gedaschko begrüßte allerdings die Absicht der Partei, mehr Geld für das Wohnen in Deutschland zur Verfügung zu stellen. So sollen für die soziale Wohnraumförderung bis 2019 jährlich rund 518 Millionen Euro bereitgestellt werden. Die

Weiter auf Seite 4 ➔

➔ Fortsetzung von Seite 3

Städtebauförderung will die SPD auf 700 Millionen Euro aufstocken und die Finanzierung der CO₂-Gebäudesanierung mit zwei Milliarden Euro ausstatten, unabhängig von den Einnahmerisiken des Energie- und Klimafonds. „Das wäre ein wichtiges Signal für die deutsche Wohnungswirtschaft“, so der GdW-Chef. Erfreulich seien auch die Pläne, den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld sowie Zuschüsse der KfW Bankengruppe für den Abbau von Barrieren bei Wohnungen und Häusern wieder einzuführen.

Die SPD will darüber hinaus das Programm Soziale Stadt deutlich stärken. „Angesichts der Entwicklung in den Quartieren und der drastischen Kürzungen des Programms in den letzten Jahren ist dies ein längst überfälliger Schritt“, so Gedaschko. Auch die Ankündigung, Genossenschaften mit

einem Sonderprogramm zu fördern, wertet Gedaschko deutlich positiv. „Das Internationale Jahr der Genossenschaften hat die Bedeutung dieser Unternehmensform für die gute und sichere Wohnraumversorgung mehr als deutlich gezeigt.“

Liberaler Kritik – grüner Zuspruch

„Wohnraumbedarf lässt sich nicht mit gesetzlicher Reglementierung wegbefehlen“, erklärte die Sprecherin für Stadtentwicklung der FDP-Bundestagfraktion, **Petra Müller** zu den Plänen der SPD. Steigende Mietpreise seien Ausdruck der Attraktivität des Wohnumfeldes sowie eines höheren Bedarfs an Neubau und Sanierung. Staatliche Begrenzung von Mieten wirke kontraproduktiv. Sie verhindere die Schaffung neuen Wohnraums durch private Investoren und verschärfe den Mangel. „Die SPD produziert erst die Verknappung, die sie später mit Steuergeldern in Form von staat-

lichen Bauprogrammen beseitigen will. Das erinnert an die Wohnungsbaupolitik der DDR“, so Müller. Bei der sozialen Wohnraumförderung sei zu bemängeln, dass gerade von SPD-geführten Landesregierungen wie beispielsweise Berlin, dieses Geld nicht für den sozialen Wohnungsbau sondern zweckentfremdet eingesetzt werde.

Daniela Wagner, Sprecherin für Bauen und Wohnen der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte das SPD-Strategiepapier in wesentlichen Punkten. „Auch wir finden, dass eine Deckelung der Neuvertragsmieten notwendig ist. Allerdings ist fraglich, ob eine flächendeckende Einführung mit dem Grundgesetz vereinbar ist“, so Wagner. Juristische Gutachten zeigten hier einige Schwachstellen. Daher beziehe sich die Grüne Forderung auf Gebiete mit Wohnraummangel.

(burk/bey/schi) ■

Von SEPA bis zur E-Bilanz: 14. Nationaler Prüferkongress des GdW in Berlin

Berlin – Zum Anfang des neuen Jahres 2013 fand vom 9. bis 11. Januar traditionell der 14. Nationale Prüferkongress des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen im Seminaris CampusHotel in Berlin-Dahlem statt. Mehr als 70 Wirtschaftsprüfer und erfahrene Prüfer aus allen regionalen Prüfungsverbänden des GdW und den angeschlossenen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften diskutierten unter anderem über aktuelle Fragen der Rechnungslegung und Prüfung bei Wohnungs- und Immobilienunternehmen.



Fotos: GdW

Peter Maxl, Geschäftsführer der Wirtschaftsprüferkammer (WPK), Dr. Klaus-Peter Hillebrand, Vorstandsmitglied des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, und GdW-Hauptgeschäftsführerin Ingeborg Esser (v. l.).

Der erste Tag des Prüfungskongresses stand unter dem aktuellen Motto „Wohnungsunternehmen als Energieerzeuger“. Gerade dieses neue Geschäftsfeld ist eine große Herausforderung für die Prüfung und Beratung von Wohnungsunternehmen. Prof. Dr.-Ing. **M. Norbert Fisch** von der Universität Braunschweig stellte verschiedene Methoden der Energieerzeugung und -speicherung durch Wohnungsunternehmen dar. Die anschließenden Vorträge zweier Wohnungsunternehmen

erlaubten einen praxisnahen Einblick in die Umsetzung von aktuellen Energiekonzepten. **Ulrich Jursch**, Leiter Zentrales Bestandsmanagement der degewo AG, berichtete über „Das Energiekonzept der degewo – Blockheizkraftwerk Marien Grün, ein Gemeinschaftsprojekt mit der GASAG“. Eine völlig neue Art der Energiegewinnung präsentierte **Joachim Bode**, Vorstandsmitglied des Eisenbahnbauverein Hamburg eG. Die „Eisheizung“ wird zukünftig bis zu 500 Wohnungen mit Wärme versorgen. Abgerundet wurde der erste Veranstaltungstag durch weitere Vorträge zu den technischen Grundlagen sowie zur steuerlichen und bilanziellen Behandlung von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung und Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie zur Ausgestaltung der Betriebskostenabrechnung.

„Wirtschaftlichkeit von Immobilieninvestitionen, SEPA (Single Euro Payments Area) und E-Bilanz“ standen im Mittelpunkt des zweiten Kongresstages. **Rudolf Pöttinger** vom VdW Bayern stellte die gängigen Verfahren der Berechnung der Wirtschaftlichkeit von Modernisierungen im Wohnungsbestand vor. Abgerundet wurde das Thema durch ein praktisches Beispiel. **Ralf Zimlich**, Geschäftsführer der WIRO Wohnen in Rostock Wohnungsgesellschaft mbH, stellte ein Neubauprojekt in Rostock



GdW-Hauptgeschäftsführerin Ingeborg Esser stellte den Kongressteilnehmern unter anderem aktuelle Bilanzierungsthemen vor.

vor und ging dabei insbesondere auf die Wirtschaftlichkeit des Bauprojektes ein. Einen weiteren Schwerpunkt des zweiten Tages bildete das Thema SEPA. **Christoph Hoffmann** von der Aareal Bank AG und **Christian Gebhardt**, Fachreferent des GdW, stellten die Anforderungen und Schwierigkeiten der SEPA-Umstellung dar. Insbesondere die Umstellung der Wohnungsunternehmen auf SEPA wird für das Geschäftsjahr 2013 eine zentrale Heraus-

Weiter auf Seite 5 ➔

➔ Fortsetzung von Seite 4

forderung darstellen. Der Veranstaltungstag endete mit einem Überblick über die Einführung der E-Bilanz von Jörg Camman vom VdW Niedersachsen Bremen sowie aktuellen Informationen aus dem Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) und den aktuellen Bilanzierungsthemen, die unter anderem von **Ingeborg Esser**, Hauptgeschäftsführerin des GdW, vorgetragen wurden. Der dritte Tag des Prüferkongresses

stand im Fokus von aktuellen wohnungswirtschaftlichen und -politischen Themen sowie von Neuheiten aus der Arbeit der Berufsaufsicht. Der Präsident des GdW, **Axel Gedaschko**, verdeutlichte in seinem Vortrag anschaulich die Schwerpunkte der interessenpolitischen Arbeit des GdW. Die Veranstaltung endete mit dem interessanten Vortrag von **Peter Maxl**, Geschäftsführer der Wirtschaftsprüferkammer (WPK). Herr Maxl gab wissenswerte Einblicke in

die Berufsaufsicht und Facharbeit der WPK sowie in die zukünftigen Entwicklungen der Berufsaufsicht wie die Einführung der Skalierten Prüfung, die vorgesehene Überarbeitung der VO 1/2006 und geplante Änderungen in der Wirtschaftsprüferordnung. (buchschi) ■

➔ **Der 15. Nationale Prüferkongress findet vom 8. bis 10. Januar 2014 statt**

MULTIMEDIA

Streit um Einspeiseentgelte: Kabel Deutschland schränkt Verbreitung bei ARD und ZDF ein – Auswirkungen sind begrenzt

Berlin – Der Streit um Einspeiseentgelte zwischen Kabel Deutschland (KDG) und den Sendern ARD und ZDF hat für die Fernsehnutzer erste, wenn auch begrenzte Auswirkungen. So wird die KDG nach eigener Ankündigung sukzessive in allen Netzen die Bandbreite für die digitale Übertragung der öffentlich-rechtlichen TV-Programme auf den Plattformstandard verringern, mit dem auch alle anderen Sender im Kabelnetz übertragen werden. Zudem soll gleichzeitig jedes digitale Dritte Programm nur in einer regionalen Variante pro Kabelnetz verbreitet werden.

ANALYSE

Dr. Claus Wedemeier
GdW-Referent
für Multimedia und IT



Foto: Sebastian Schobbert

Entsprechend wird beispielsweise in Sachsen ausschließlich MDR Sachsen verbreitet und nicht mehr zusätzlich MDR Sachsen-Anhalt und MDR Thüringen. Die regionalen Varianten der einzelnen Dritten Programme zeigen im Regelfall mit Ausnahme eines halbstündigen Regionalfensters ganztägig ein identisches Programm.

In der Praxis dürfte nur ein Teil der Kabelkunden diese Einschränkungen überhaupt bemerken. Die Reduzierung der Bandbreite wird allenfalls bei größeren Bildschirmen sichtbare Auswirkungen auf die Bildqualität haben. Differenzierter ist die Situation bei den „Dritten“. Alle Dritten Programme sind auch weiterhin bundesweit digital

empfangbar. Wer jedoch ein bestimmtes Regionalfenster bevorzugt, wird gegebenenfalls künftig enttäuscht. So empfangen zum Beispiel die Kunden in Hamburg den NDR nur noch mit dem Regionalfenster Hamburg in digitaler Qualität. Kabelkunden in Berlin sollen beispielsweise nur noch den rbb Berlin und Kunden im Land Brandenburg nur noch den rbb Brandenburg digital über Kabel verfolgen können.

Von den Einschränkungen betroffen sind nach ersten Informationen nur die von KDG verbreiteten digitalen Standardprogramme (SDTV) von ARD und ZDF. Die hochauflösenden Programme (HDTV) von ARD, ZDF und arte sowie analoge Programme wären danach unberührt. Offizielle Mitteilungen der KDG über Details der Programmbelegung gibt es derzeit nicht. Klar ist jedoch, dass die KDG derzeit weitere HD-Programme von ARD und ZDF nicht aufschalten wird.

Hintergrund des Streits: ARD und ZDF hatten, wie im Sommer 2012 berich-

tet, ihre Verträge mit den Netzbetreibern Kabel Deutschland, Unitymedia und Kabel Baden-Württemberg zum 31. Dezember 2012 gekündigt. Die Einspeiseentgelte, die ARD, ZDF und kleinere Sender wie arte für die Kabeleinspeisung an diese Netzbetreiber zahlen, werden auf etwa 60 Millionen Euro pro Jahr geschätzt. Einigungsversuche zwischen KDG und den Sendern sind bislang gescheitert, der juristische Streit geht weiter.

Noch bis vor wenigen Jahren erschien es selbstverständlich, dass grundsätzlich alle TV-Sender für die Einspeisung und damit für die Nutzung fremder Infrastrukturen an die genannten Netzbetreiber zahlen. Allerdings haben kleine und mittelständische Netzbetreiber von den Sendern vergleichbare Entgelte nie erhalten. Einzelne mittelständische Kabelnetzbetreiber klagen derzeit gegen öffentlich-rechtliche Sender auf vergleichbare Entgelte. Der Ausgang dieser Verfahren hat grundsätzliche Bedeutung für das gesamte Geschäftsmodell zwischen Sendern und Infrastrukturbetreibern. ■

Ende der Verschlüsselung für frei empfangbare TV-Programme ist in Sicht

Berlin – Das Bundeskartellamt hat am 27. Dezember 2012 entschieden, dass die beiden privaten TV-Sendergruppen ProSiebenSat.1 und RTL bei der Einführung der Verschlüsselung ihrer digitalen Free TV-Programme wettbewerbswidrige Absprachen getroffen haben. Neben einer hohen Geldbuße verpflichten sich die beiden Sendergruppen nunmehr, ihre in digitaler Standardqualität (SD) verbreiteten wichtigsten Programme für einen Zeitraum von 10 Jahren unverschlüsselt anzubieten.

Diese Zusage betrifft die Übertragungswege Kabel, Satellit und Internet Protocol Television (IPTV). Nicht davon erfasst ist die Verschlüsselung von hochauflösenden privaten HD-Programmen. Mit der Aufgabe

der Verschlüsselung entfallen für die Sendergruppen die Grundlagen für die Entgelterhebung gegenüber Kabelnetz- und anderen Übertragungswegebetreibern für die SD-Verbreitung und für die Umsetzung

von Signalschutzbeschränkungen. Die Bußgeldbescheide sind noch nicht rechtskräftig, über etwaige Einsprüche entscheidet das Oberlandesgericht Düsseldorf.

Weiter auf Seite 6 ➔

➔ Fortsetzung von Seite 5

dorf. Allerdings haben sich nach Darstellung des Kartellamts die Sender zu einer einvernehmlichen Verfahrensbeendigung bereit erklärt.

Schon mehrfach hatten der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen und seine Mitgliedsverbände die betreffenden Kabelnetzbetreiber und private TV-Anstalten aufgefordert, die Verschlüsselung werbefinanzierter privater TV-Programme im Kabel zu beenden. Auch der Deutsche Mieterbund und der Verbraucherzentrale Bundesverband hatten dies massiv gefordert. So sind bisher über Satellit frei empfangbare werbefinanzierte, private Programme bei großen Netzbetrei-

bern häufig nur verschlüsselt und gegen zusätzliche Entgelte empfangbar. Während Unitymedia für Nordrhein-Westfalen und Hessen im Zuge der Freigabe der Fusion Liberty Global (Unitymedia)/Kabel Baden-Württemberg die sogenannte „Grundverschlüsselung“ seit Jahresbeginn 2013 abgeschafft hat, ist nun sogar bundesweit im Kabel ein Ende der Verschlüsselung für frei empfangbare TV-Programme in Sicht.

Derzeit verschlüsseln noch die Netzbetreiber Kabel Deutschland, Tele Columbus und Primacom werbefinanzierte, private digitale Programme. Lange dürfte dies nach der Entscheidung des Kartellamts nicht mehr aufrecht zu halten zu sein, gleichwohl steht ein konkretes Ende der Verschlüsse-

lung nicht fest. Der Grund: Netzbetreiber und Sender müssen zunächst an den Verhandlungstisch. Denn bestehende Verträge schreiben den genannten Betreibern die Verschlüsselung vor und sichern gleichzeitig den Sendern eine Entgeltbeteiligung für jeden mit einer Smartcard ausgestatteten Haushalt.

Laut Medienmeldungen befindet sich ProSiebenSat.1 bereits in Gesprächen mit den Netzbetreibern. Unklar ist zum Beispiel, wie Netzbetreiber künftig mit – künftig überflüssigen – individuell abgeschlossenen Zusatzverträgen umgehen, die Mieter zu zusätzlichen Zahlungen für die Entschlüsselung werbefinanzierter Programme verpflichten. (wedelschi) ■

AUS DEN VERBÄNDEN

„Wohnungspolitik hat wieder Konjunktur“ – Neujahrsempfang der Wohnungswirtschaft in Niedersachsen und Bremen

Hannover – Die bevorstehende Landtagswahl und die Entwicklung an den Wohnungsmärkten standen im Mittelpunkt der Gespräche beim Neujahrsempfang des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen Bremen (vdw) am 10. Januar 2013 in Hannover. Der Niedersächsische Umweltminister Stefan Birkner lenkte in seinem Grußwort den Fokus außerdem auf die Herausforderungen beim Klimaschutz und lobte die Wohnungsunternehmen für ihre Anstrengungen bei der energetischen Sanierung älterer Gebäude.

Unter den rund 240 Gästen waren auch Birkners Kabinettskollegin Aygül Özkan, FDP-Generalsekretär Patrick Döring, die Landtagsabgeordneten Marco Brunotte und Enno Hagenah, Staatssekretär Heiner Pott, Hannovers Bürgermeister Bernd Strauch, der Präsident des Landeskriminalamts Uwe Kohlmeier, NBank-Vorstandsvorsitzender Michael Kiesewetter, Sparkassen-Vorstand Hans-Ulrich Nielsen sowie Birgit Lippmann, Landesvorsitzende des Deutschen Mieterbundes.

„Wohnungspolitik hat wieder Konjunktur“, sagte vdw-Direktor Bernd Meyer zur Begrüßung, „aber wir können nicht flächendeckend von Wohnungsnot und explodierenden Mieten reden.“ Er warnte daher davor, die Situation zu dramatisieren und hektisch nach Lösungen zu suchen. Für steigende Wohnkosten seien ohnehin weniger die Mieten als die Energiepreise verantwortlich. Immerhin hätten sich seit 2000 die Preise für Heizöl, Gas und Strom annähernd verdoppelt, die Nettokaltmieten bei den vdw-Unternehmen sind in diesem Zeitpunkt dagegen nur um rund 15 Prozent gestiegen. Verbandsdirektor Meyer sprach sich dafür aus, nach der Wahl wieder einen Landtagsausschuss für Stadtentwicklung und Wohnungsmärkte einzurichten: „Ein überfälliges Signal von der Politik, dass die Versorgung mit bezahlbaren und generationengerechten Wohnungen ein vordringliches gesamtgesellschaftliches Ziel ist.“



Quelle: vdw Niedersachsen Bremen

Beim Neujahrsempfang des vdw Niedersachsen Bremen begrüßten Verbandsdirektor Bernd Meyer (l.) und Verbandsratsvorsitzender Rüdiger Warnke (r.) unter anderem die Niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan (Mitte), ihren Kabinettskollegen Umweltminister Stefan Birkner (2. v. l.) und Zukunftswissenschaftler Horst Opaschowski (2. v. r.).

Der vdw und seine 168 Mitgliedsunternehmen wollen auch in diesem Jahr ihrer Verantwortung auf den regionalen Wohnungsmärkten gerecht werden: „Die Wohnungsgenossenschaften und -gesellschaften werden rund eine halbe Milliarde Euro investieren“, kündigte Meyer an. Geplant ist der Bau von 1.200 Wohnungen – 170 Millionen Euro sind dafür einkalkuliert. Größter Investitionsbereich bleibt weiterhin aber der Bestand. Schwerpunkte sind die Verbesserung der Energieeffizienz von Wohnhäusern und der seniorengerechte

Umbau von Wohnungen. Vor dem Neujahrsempfang, bei dem der Zukunftswissenschaftler Professor Horst Opaschowski der These „Zukunft findet Stadt!“ nachging, hatte der vdw in einer Fachtagung über „Quartierskonzepte für die Stadt von morgen“ diskutiert. Zu den Referenten zählten unter anderem die frühere Chefin der KfW Bankengruppe, Ingrid Matthäus-Maier, der italienische Architekt Sergio Pascolo aus Venedig und der hannoversche Stadtbaurat Uwe Bodemann.

(enschi) ■

Aktuelle Marketingtrends

13. Februar 2013, Erfurt

Dieses Seminar stellt aktuelle Marketingprojekte und -methoden der deutschen Wohnungswirtschaft vor und wird diese kritisch beleuchten. Doch was ist für die eigene Region, für die eigenen Zielgruppen und die eigene konkrete Marktsituation tatsächlich erfolgversprechend? Ziel des Seminars ist es, den Teilnehmern genau dafür ein Gefühl zu vermitteln.

Weitere Infos: MFA, Isabell Földner, Telefon: 0361/34010224, E-Mail: isabell.fueldner@vtw.de, Internet: www.vtw.de/mfa

Forderungsmanagement

18. Februar 2013, Wiesbaden

Ziel dieses Workshops ist es aufzuzeigen, wie Wohnungsunternehmen mit Hilfe eines effizienten Forderungsmanagements vorübergehend in finanzielle Probleme geratene Mieter als dauerhafte Kunden halten und die Folgekosten von Zwangsräumungen vermeiden können. Den Teilnehmern wird hierzu ein praxisnaher und umfassender Überblick über die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten gegeben.

Weitere Infos: SFA, Kari Epper-Uhmann, Telefon: 0611/174637511, E-Mail: k.epper@sfa-immo.de, Internet: www.sfa-immo.de

Energieeinsparung in Gebäuden

19. Februar 2013, Bochum

Rund 10 bis 15 Prozent des Energieverbrauchs und damit der Energiekosten in größeren Gebäuden lassen sich durch ein angepasstes Nutzerverhalten und die richtige Bedienung der technischen Anlagen einsparen. Insbesondere den Hausmeistern kommt in diesem Zusammenhang eine herausragende Bedeutung zu. Sie müssen wissen, wie die Anlagen bedient werden und diese regelmäßig an veränderte Nutzungsbedingungen anpassen. Daher richtet sich dieses Seminar an Hausmeister und Hauswarte, die sich weiter professionalisieren und sich gegenüber Kunden als ganzheitlicher Dienstleister und besonders lösungsorientierter Ansprechpartner präsentieren wollen.

Weitere Infos: EBZ, Bettina Mannel, Telefon: 0234/9447510, E-Mail: b.mannel@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

Wohnungswirtschaft TECHNIK aktuell

19. Februar 2013, Berlin

Diese Tagung stellt die „technische Auftaktveranstaltung“ für das Jahr 2013 dar. Sie gibt einen kompakten Einblick in die verschiedenen technischen Einzeldisziplinen. Die Veranstaltung thematisiert aktuelle Rahmenbedingungen, moderne Lösungen und innovative Ansätze. Dabei stehen immobilienwirtschaftliche Praxistauglichkeit und ökonomische Rentabilität im Vordergrund.

Weitere Infos: BBA, Christoph Dormeier, Telefon: 030/23085541, E-Mail: christoph.dormeier@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de/kalender

IMPRESSUM**WI Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Andreas Schichel, Klaus Schrader

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel. 030 82403-151
Fax 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg
Tangstedter Landstraße 83
22415 Hamburg
Tel. 040 520103-0
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:
110 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten
oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

WI Online-Archiv

Die Web-Präsenz der **wi** finden Sie unter
www.haufe.de/immobilien in der Fußzeile
„Zeitschriften“.

Bei Problemen mit der Anmeldung hilft das
Haufe-Service-Center unter **0800-7234249**
(kostenlos) gern weiter.

Anzeige

DR. KLEIN
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Konditionen am 15.01.2013 für
wohnungswirtschaftliche
Finanzierungen:

Zins- bindung	Sollzins	effektiv
5 Jahre	1,74%	1,75%
10 Jahre	2,27%	2,29%
15 Jahre	2,63%	2,66%

Bedingungen: Erststellige Grundschuld
auf wohnungswirtschaftlichen Objekten
Beleihungsauslauf 60%
Darlehensbetrag: > 250 TEUR/Objekt
Auszahlung: 100%, Tilgung: 1% p. a.
3 Monate bereitstellungszinsfrei
keine Gutachterkosten oder
Bearbeitungsgebühren

Zinsentwicklung bis 15.01.2013
Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

Dr. Klein-Energieeffizienzdarlehen*: für Neubau ab ca. **2,13%** / für Modernisierung ab ca. **1,79%**
(*Volltilgungsdarlehen mit einem Durchschnittszinssatz (Sollzinssatz) für die gesamte Laufzeit fest (ca. 20 Jahre))

Zurückliegende Veröffentlichungen zur Zinsentwicklung finden Sie unter www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html

Quelle: Dr. Klein & Co. AG, Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 1408-1200, www.drklein.de

Deutsche Bauherrenpreise 2013/2014 ausgelobt

Der GdW, der Bund Deutscher Architekten (BDA) und der Deutsche Städtetag haben gemeinsam den Doppelwettbewerb für die Deutschen Bauherrenpreise 2013/2014 in den Kategorien Modernisierung und Neubau ausgelobt. Der Wettbewerb, der im Zweijahresrhythmus stattfindet, wird vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, dem Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) und den Messgesellschaften in Essen und Berlin unterstützt.

In der „Kategorie A“ wird der Deutsche Bauherrenpreis Modernisierung 2013 für Sanierungs-, Modernisierungs- und Umnutzungsprojekte vergeben. Darüber hinaus kann ein Sonderpreis „Denkmalschutz im Wohnungsbau“ für eines der mit einem Bauherrenpreis ausgezeichneten Projekte verliehen werden. Stifter ist hier die Deutsche Stiftung Denkmalschutz.

In der „Kategorie B“ wird der Deutsche Bauherrenpreis Neubau 2014 für innovative Projekte im Wohnungsneubau verliehen. Darüber hinaus kann ein Sonderpreis „Freiraumgestaltung im Wohnungsbau“ für eines der mit einem Bauherrenpreis ausgezeichneten Projekte verliehen werden. Stifter ist hier der Bund Deutscher Land-

schaftsarchitekten (bdla). Die aus dem Deutschen Städtetag, dem Bund Deutscher Architekten und dem GdW bestehende Arbeitsgruppe KOOPERATION führt mit dem seit 1986 ausgelobten Bauherrenpreis den im Bereich des Wohnungsbaus bekanntesten und wirksamsten Wettbewerb durch, der unter dem Motto „Hohe Qualität – Tragbare Kosten“ immer wieder engagierte Vorhaben bekannt gemacht



Quelle: BDA

und unterstützt hat. Teilnehmer können ihre Projektunterlagen bis zum **31. März 2013** mit der Kennzeichnung ‚Wettbewerb Bauherrenpreis 2013/2014‘ per Post an: Bund Deutscher Architekten BDA, Köpenicker Straße 48/49, 10179 Berlin (Mitte) einsenden. Die Deutschen Bauherrenpreise in der Kategorie Modernisierung werden im September 2013, in der Kategorie Neubau im Februar 2014, jeweils in Berlin verliehen.

(hungshi) ■

➔ Die Bewerbungsunterlagen können Sie bei den Auslobern schriftlich anfordern. Sie finden sie auch im Internet unter www.gdw.de oder www.bda-architekten.de

Recht so

Verkehrssicherungspflichten bei Dachlawinen

Das Oberlandesgericht Hamm hat mit Hinweisbeschluss vom 14. August 2012 (Az.: I-9 U 119/12) klargestellt, dass keine grundsätzliche Pflicht des Grundstückseigentümers, Dritte vor Dachlawinen durch spezielle Maßnahmen zu schützen, bestehe. In dem der Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalt hat der Kläger von der Grundstückseigentümerin Schadenersatz wegen der Beschädigung des Fahrzeuges durch vom Dach des Hauses abgehende Schneemassen verlangt. Das Oberlandesgericht wies auf die überwiegende Meinung hin, wonach grundsätzlich nicht die Pflicht bestehe, Dritte vor Dachlawinen durch spezielle Maßnahmen zu schützen. Diese sei nur dann gegeben, wenn besondere Umstände vorliegen. Hier etwa die allgemeine Schneelage des Ortes, die Beschaffenheit und Lage des Gebäudes oder die allgemein ortsüblichen Sicherheitsvorkehrungen. Infolge des Hinweisbeschlusses hat die Klägerin die Berufung sodann zurückgenommen.

EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Streitentscheidend war hier, ob dem Gebäudeeigentümer eine Verkehrssicherungspflicht oblag. Grundsätzlich hängt der Umfang der Verkehrssicherungspflicht einerseits von den Sicherheitserwartungen des jeweiligen Umfeldes ab und andererseits von der wirtschaftlichen Zumutbarkeit für denjenigen, der die vermeintliche Gefahrenquelle eröffnet. Nicht nur in diesem Fall, sondern allgemein kann eine Verkehrssicherungspflicht nur dann begründet werden, wenn besondere Umstände, aus der sich eine Gefahrenquelle ergibt, festgestellt werden. Sicherungsmaßnahmen sind also dann geboten, wenn etwa der Gebäudeeigentümer besondere Umstände erkennen kann. Im vorliegenden Fall war dies allerdings nicht gegeben. Daher war auch der Anspruch zu verneinen.“



Foto: Sebastian Schnobbert

ZAHL DER WOCHE

-1,1

Prozent betrug der Rückgang der Bauinvestitionen im Jahr 2012. Dies teilte das Statistische Bundesamt aufgrund vorläufiger Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt mit. Insgesamt wurden im Jahr 2012 rund 261 Milliarden Euro in den Hoch-, Tief- und Wohnungsbau investiert. Nach zwei Jahren des Wachstums in 2010 und 2011 sind die Bauinvestitionen damit erneut rückläufig. Der Rückgang der Bauinvestitionen ist nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in erster Linie kräftigen Einbußen beim öffentlichen Bau geschuldet, unter anderem durch das Auslaufen der staatlichen Konjunkturpakete. Lediglich im Wohnungsbau ging es 2012 weiter aufwärts. Hier verzeichnen die Bundesstatistiker 1,5 Prozent mehr Investitionen als 2011.